

Antragstellerin: Kommunistische Plattform NRW

Titel: Militarisierung stoppen!

DIE LINKE.NRW widersetzt sich auf kommunaler, landesweiter und bundesweiter Ebene der umfassenden Militarisierung der Gesellschaft. Wir verteidigen die friedenspolitischen Grundsätze unserer Partei und wenden sie konkret an.

Auf kommunaler Ebene engagieren wir uns gegen Standorterweiterungen der Rüstungskonzerne und Rüstungsgütertransporte. Wir stellen den Antrag, dass die Bürgermeister*innen unserer Gemeinden den Mayors for Peace beitreten.

Auf Landesebene kämpfen wir um den Erhalt und die Ausweitung der Zivilklauseln an allen Hochschulen. Wir stellen uns gegen die Kooperationen von Schulen und Hochschulen mit der Bundeswehr und fordern, dass kriegskritische Inhalte in die Lehrpläne geschrieben werden.

Auf Bundesebene setzen sich unsere Delegierten für den Erhalt unserer friedenspolitischen Grundsatzpositionen ein. Unsere Bundestagsabgeordneten bitten wir, eine Neuauflage des Rüstungsatlas NRW zu initiieren.

Wir rufen **alle unsere Mitglieder** auf, sich in Schule, Hochschule und Betrieb in Gewerkschaft und Interessenvertretung für antimilitaristische Positionen zu engagieren. Wir wollen den Hiroshima-Nagasaki-Gedenktag nutzen, uns für eine atomwaffenfreie Welt auszusprechen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Partei überall den Zusammenhang von Sozialabbau und Krieg thematisiert.

Begründung:

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“. Diese Worte, die der französische Sozialist Jean Jaurès vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges formulierte, haben ob ihres Alters nichts an Aktualität eingebüßt.

Aus Angst um das Einbußen der eigenen Einflussphären setzt die Bundesrepublik auf Aufrüstung und Militarisierung und versucht, ihre Bevölkerung auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Russland und China vorzubereiten. Damit folgt sie den Interessen des US-Imperialismus im Rahmen des aggressiven Militärbündnis der NATO.

Kriegstüchtigkeit bedeutet dabei nicht nur die Aufstockung der Militärausgaben und damit gleichzeitig einhergehende Einschrumpfung von Sozialausgaben. Sondern auch explizit, die Bevölkerung für den Krieg mobil zu machen. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, Veränderung des Lehrplans in Schulen, um Kinder auf den Krieg einzustimmen, die Aufhebung der Zivilklauseln an den Universitäten. Sogar Krankenhäuser, die ursprünglich zur Schließung vorgesehen waren, sollen nun für den Kriegsfall bestehen bleiben. Für die Gesundheitsversorgung der einfachen Bevölkerung war die Aufrechterhaltung nicht ausreichend wichtig, um sie vor den Einsparungen im Haushalt zu bewahren.